

16. Dezember 2005

Birgit Homburger

- A) Dies hätte erstens den Vorteil, dass solche Einsätze im **vereinfachten Verfahren** beschlossen werden können. Es hätte zweitens den Vorteil, dass es zu einer stärkeren Einbindung des Deutschen Bundestages auch bei geheimhaltungspflichtigen Vorgängen kommen könnte. Ich möchte betonen: Die Tatsache, dass wir immer wieder klar machen, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist, ist kein Selbstzweck. Denn jedes Mal, wenn sich der Deutsche Bundestag zu Beginn eines neuen Mandats mit einem solchen Mandat befasst hat, hat dies dazu geführt, dass es zu Verbesserungen für die Soldatinnen und Soldaten kam. Dies rechtfertigt das Nachdenken über einen solchen besonderen Ausschuss.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Markus Meckel [SPD])

Wir kämen darüber hinaus – das ist der letzte Punkt – mit einem solchen Ausschuss zu einem schnelleren Handeln des Parlaments. Ich glaube, auch das wäre angebracht.

Unbenommen davon danke ich allen Soldatinnen und Soldaten der **Bundeswehr**, die auch in diesem Auslandseinsatz durch ihr hohes Engagement und ihren vorbildlichen Leistungswillen daran mitwirken, eine humanitäre Katastrophe einzudämmen.

Die FDP-Bundestagsfraktion stimmt dem Mandat zu.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

- B) Das Wort hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie namens der Bundesregierung um Zustimmung zur Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr in Darfur für weitere sechs Monate bis zum 2. Juni 2006.

Meine Vorrednerinnen haben schon in überzeugender Weise den Grund für die Verlängerung dieses Einsatzes vorgetragen. Ich glaube aber, noch einmal unterstreichen zu sollen, dass wir uns im Sudan deshalb so stark engagieren, weil wir die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union darin unterstützen möchten, das von Krisen und humanitären Notlagen geschüttelte Land und die gesamte Region zu stabilisieren. Hier hat – das ist wahr – eine humanitäre Katastrophe in größtem Ausmaß stattgefunden. Mehr als 200 000 Menschen sind dort ums Leben gekommen. Ich denke, wir können uns unserer **internationalen Verpflichtung im Hinblick auf Humanität und Friedenssicherung** nicht entziehen. Deshalb müssen wir dieses Mandat wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Rahmen dieses Mandates wollen wir die Grundlage für den Aufbau von Strukturen schaffen, die den

Menschen die **Perspektive für ein Leben ohne Not und Gewalt** bieten, und dafür sorgen, dass diese Staaten in der Lage sind, derartige kriegerische Auseinandersetzungen in Zukunft zu verhindern, also selber ihren Beitrag zur Stabilität und Friedenssicherung in dieser Region zu leisten. Das ist ein entscheidender Punkt, der im Zusammenhang mit diesem Mandat gesehen werden muss. Ich glaube, wir sollten deshalb weiterhin zu einer friedenssichernden Unterstützung im Sudan bereit sein.

Wir treten für eine **Förderung von AMIS auch aus EU-Mitteln** ein, weil wir glauben, dass eine Finanzierung der laufenden Friedensverhandlungen in Abuja und eine entsprechende Unterstützung notwendig sind, um die Voraussetzungen für Strukturen im Sudan zu schaffen, mit denen dieses Land wie andere Länder aus eigener Kraft Friedenssicherung und Stabilität in der gesamten Region betreiben kann, sodass wir solche Unterstützungsaktionen künftig nicht mehr brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unser Engagement ist unter dem Stichwort „**Hilfe zur Selbsthilfe**“ zu verstehen. Wir unterstützen eigenständige Entwicklungen und helfen damit, regionale friedenssichernde Strukturen aufzubauen. Die Unterstützung des Mandats für AMIS ist notwendig. Dies dient der Humanität, der Friedenssicherung, aber auch dem **Aufbau stabiler Strukturen** in diesen Ländern, damit sie in Zukunft selbst in der Lage sind, für Friedenssicherung und dafür zu sorgen, dass die Menschen dort ohne Not und ohne Gewalt leben können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es ist zutreffend – das wurde bereits angesprochen –, dass die Lage in Darfur weiterhin besorgniserregend ist. Deshalb ist eine **Fortsetzung des internationalen Engagements seitens der NATO und der Europäischen Union** für die VN-mandatierte Operation AMIS zwingend erforderlich. Leider gibt es weiterhin Vertreibungen, Tötungen und Plünderungen. Aber dort, wo AMIS präsent und aktiv ist, ist eine spürbare Verringerung der Gewalt zu beobachten. Das zeigt, dass AMIS positive Ergebnisse zu verzeichnen hat. Dies muss auch weiterhin so sein.

Ich denke, dass eine weitere Unterstützung durch Transportmaßnahmen notwendig ist. Wir arbeiten sehr eng mit unseren französischen Partnern zusammen, um die Voraussetzungen dafür zu gewährleisten, dass eine Stabilisierung der Situation im Sudan erreicht wird.

Deshalb bitte ich Sie im Interesse von Humanität und Friedenssicherung, aber auch im Interesse der Stabilisierung in der Region und der Hilfe zur Selbsthilfe um ein klares Votum dieses Hauses für die Fortsetzung des Mandats.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)